

Rheingauer Bürgerfreund

ersch. Dienstags, Donnerstags und Samstags.
im letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 21

Dienstag, den 18. Februar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Rheingaukreise.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichsausschusses über Eier vom 12. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927), bezw. 24. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 374) und der preussischen Ausführungsverordnung vom 24. August 1916 in dieser Verordnung wird für den Umfang des Rheingaukreises das Folgende bestimmt:

I. Verbot des freien Eierhandels.

Die Ausfuhr wie auch der Versuch der Ausfuhr von Eiern der Hühner, Enten und Gänse aus dem Rheingaukreise ist verboten. Ausgenommen sind nur Sendungen von Eiern an die von dem Kreisausschuss besonders zugelassenen Stellen.

Jede Abgabe wie auch der Versuch der Abgabe von Eiern an nicht zur Empfangnahme amtlich zugelassene Personen sowie jede Annahme bezw. der Versuch der Annahme von Eiern durch nicht zur Empfangnahme amtlich zugelassene Personen ist verboten.

Für den Verkauf von Eiern im Kreise werden von dem Kreisausschuss bestimmte Händler oder Verkäuferinnen angestellt oder Sammelstellen eingerichtet, die mit einem auf den Namen des Inhabers lautenden Ausweis versehen sind.

II. Ablieferungsobligat.

Die Hühnerhalter haben sämtliche Eier, die sie nicht zur Ernährung ihrer Haushaltungsangehörigen benötigen, an die amtlich zugelassenen Händler, Verkäuferinnen oder Sammelstellen des Kreises abzuliefern.

Als Haushaltungsangehörige gelten diejenigen Personen, die im Haushalt des Geflügelhalters voll beschäftigt werden und in seiner Wohnung untergebracht sind.

Die Hühnerhalter haben eine bestimmte Zahl Eier als Mindestmenge im Jahre abzuliefern. Diese Mindestmenge wird durch einen in jeder Gemeinde zu bildenden Ausschuss bestimmt, der das auf die Gemeinde vom Kreise umgelegte Gemeindefürsorgegeld unterverlagert.

Bei der Veranlagung sind die in jeder Gemeinde zu führenden Hühnerverzeichnisse zugrunde zu legen.

Im übrigen ist die Abgabe derjenigen Geflügelhalter, deren Hühner freien Auslauf haben, für das Jahr auf mindestens 30 Eier und hinsichtlich der Hühner ohne freien Auslauf möglichst auf mindestens 10 Eier im Jahre festzusetzen. Auf jeden Kopf der Haushaltungsangehörigen kann ein Huhn freigelassen werden. Jedenfalls ist auf das Verhältnis der Zahl der Haushaltungsangehörigen zur Zahl der Hühner bei der Festsetzung des Ablieferungsobligats Rücksicht zu nehmen.

Dementsprechend haben die Geflügelhalter in Erfüllung ihrer Ablieferungsobligat in den ersten Monaten mindestens abzuliefern:

- hinsichtlich der Hühner mit freiem Auslauf von jedem Huhn im März 3 Eier, im April und Mai je 6 Eier, im Juni 5 Eier, im Juli 4 Eier, im August 3 Eier und im September 2 Eier;
- hinsichtlich der Hühner ohne freien Auslauf möglichst im März von je 2 Hühnern 3 Eier, im April und Mai je 2 Eier von jedem Huhn, im Juni von je 3 Hühnern 5 Eier, im Juli von je 4 Hühnern 5 Eier, im August und im September von jedem Huhn je 1 Ei.

Der Ausschuss (§ 5 Abs. 2) darf von den Bestimmungen des § 6 bei der Veranlagung zu Gunsten eines Hühnerhalters nur dann abweichen, wenn ein etwaiger Ausfall, der eine Verminderung des Gemeindefürsorgegelds zur Folge haben würde, durch entsprechend stärkere Veranlagung eines anderen Hühnerhalters ausgeglichen wird.

Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungsobligat nicht genügen, werden im Zwangswege zur Abgabe der Eier angehalten werden. Auch werden ihnen die Einkünfte des täglichen Bedarfs (Zucker usw.) vorenthalten werden.

Es wird erwartet, daß jeder Geflügelhalter über die Ablieferungsobligat hinaus jedes entbehrliche Ei für die allgemeine Lebensmittelfürsorge zur Verfügung stellt.

Die Hühnerhalter sind verpflichtet, den mit der Durchführung und Überwachung der Eierlieferung beauftragten Personen Auskunft zu erteilen.

III. Eierabgabe.

Eier von Hühnern, Enten und Gänsen dürfen an die nicht geflügelhaltende Bevölkerung nur gegen Eiermarken durch die amtlich zugelassenen Eierabgabestellen verabfolgt werden.

Für Gast- und Schankwirtschaften, Konditoreien, Krankehäuser, Lazarett usw. wird die höchste zulässige Entnahme von Eiern zur Versorgung der Gäste und Pfleger durch den Gemeindevorstand festgesetzt. In diesen Fällen werden monatliche Bezugsquoten ausgestellt.

Für die Abgabe von Eiern werden von dem Kreisausschuss Höchstpreise festgesetzt und im Kreisblatt bekannt gemacht. Jede Ueberschreitung der festgesetzten Höchstpreise ist verboten.

IV. Ausführungsbestimmungen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses kann Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

V. Strafbestimmungen.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

VI. Inkrafttreten.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Radesheim, den 12. Februar 1919. Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

Höchstpreise für Eier.

Auf Grund der Verordnung über Eier vom 12. Aug. 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927) in Verbindung mit der Verordnung vom 24. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 374) wird für den Rheingaukreis folgende Anordnung erlassen:

Es wird der Höchstpreis für das rechtzeitig nach § 6 der Anordnung vom 12. Februar 1918 abgelieferte Ei festgesetzt:

I. für den Erzeuger frei Sammelstelle
werden die Eier nicht rechtzeitig abgeliefert, so werden nur 33 Pfennig je Stück bezahlt. Die Hühnerhalter sind verpflichtet, die Eier an der Sammelstelle ihrer Wohngemeinde abzugeben.

Für Ueberschüsse, das sind solche Eier, die von den Hühnerhaltern über die pflichtgemäß abzuliefernde Menge hinaus bei den Sammelstellen zur Abgabe gelangen, werden von den Sammelstellen 12 Pf. mehr, also 45 Pf. bezahlt.

II. für den Kleinhandel:
für Eier aus dem Rheingaukreise und aus anderen Kreisen des Bezirks usw.
für Auslands Eier usw. bleibt die Festsetzung besonderer Kleinhandelspreise von Fall zu Fall vorbehalten.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafen bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Anordnung tritt sofort in Kraft; gleichzeitig wird die Anordnung vom 23. April 1918 hiermit aufgehoben.

Radesheim, den 12. Februar 1919. Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

Auszug aus den Bekanntmachungen der Reichsbeleidungsstelle.

1. Weitere Ausdehnung der Bezugscheinfreiheit.

Gemäß Bekanntmachung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 30. 1. 1919 werden Stoffe aus Wolle, Halb- oder Kunstwolle in einer Breite bis zu 130 cm einschließ- lich, Kleiderstoffe und Blüsch in jeder Breite, Kleiderstoffe, Mäntel, Umhänge, Morgenröcke, Jacken und Westen aus Wolle, Halb- oder Kunstwolle für Frauen und Mädchen auf die Freiliste gesetzt. Damit ist im wesentlichen die Oberbekleidung für Frauen und Mädchen von der Bezugscheinfreiheit befreit. Die Beschränkung auf die Breite von 130 cm bezweckt die Schaffung eines Unterbekleidungsmerkmals zwischen Damen- und Herrenkleidungsstoffen. Für Männeroberbekleidung bleibt die Bezugscheinfreiheit vorläufig noch länger Zeit bestehen, da der Bedarf der entlassenen Soldaten an Zivilanlässen sehr stark ist.

2. Fortfall der Bezugscheinfreiheit.

Von verschiedenen Bezugscheinfreistellen ist die Ansicht verbreitet worden, daß Trikothemden und Trikotjacken bezugscheinfrei seien. Diese Ansicht beruht auf irrthümlicher Auffassung der Bekanntmachung vom 10. 12. 18 in den amtlichen Blättern. Diese Bekleidungsstücke sind auch weiterhin bezugscheinfrei, da in Unterzeugen und Wäsche große Knappheit besteht.

3. Neuordnung des Verkehrs mit Nähfäden, Strick- u. Stopfgarn.

Die Reichsbeleidungsstelle hatte bei der bisherigen Verteilung von Baumwollnähfäden usw. in das Kontrollsystem der Rationierung den Handel eingeschaltet, in dessen Händen vor dem Kriege der Verkehr mit Garnen gelegen hat. Infolge Wegfalls des Bedarfs der Heeresverwaltung an Nähmaterialien usw. steht für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung jetzt mehr Garn zur Verfügung, sobald eine Rationierung in der bisherigen Art nicht mehr erforderlich ist. Die Reichsbeleidungsstelle hat sich entschlossen die Deckung des Bedarfs in Zukunft dem freien Handel zu überlassen. Die Preise, die die Kleinhändler für diese mit neutralen Marken versehenen Garne von ihren Abnehmern fordern dürfen, sind durch die Reichsbeleidungsstelle festgesetzt.

Soweit bisher Zuteilungen an Kommunalverbände erfolgt sind, muß die Weiterverteilung von allen daran beteiligten Stellen nach wie vor nach den bisher erlassenen Bestimmungen vorgenommen werden.

4. Gasthauswäsche.

Die Inhaber von Hotels, Gastwirtschaften usw. werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die nach der Bekanntmachung vom 10. 12. 18 in den amtlichen Blättern aufgeführte Verschlagnahme der Wäsche in Gastwirtschaften nicht auch die Bekanntmachung der Reichsbeleidungsstelle über die Verwendung von Wäsche in Gastwirtschaften aufhebt, in der in allen Betrieben die Darreichung von Mundtüchern und das Bedecken der Tische mit Tischdecken verboten ist.

Dieses Tischdecken- und Mundtuchverbot bleibt bestehen. Wer es übertreißt, macht sich strafbar.

Bei dem voraussichtlich für längere Zeit noch bestehenden Mangel an Wäsche muß ein Verschleiss der Wäsche durch jede nicht unbedingt nötige Benutzung verhindert werden. Die Wäschestücke können lediglich von den Gastwirten anderweit im eigenen Betriebe gebraucht werden. In den beteiligten Kreisen ist dieser Unterschied vielfach nicht beachtet worden, weshalb nochmals auf ihn hingewiesen wird.

Radesheim a. Rh., den 10. Februar 1919. Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

Zahlungsverkehr.

Auf Anordnung des Herrn französischen Kreisverwalters wird nachfolgendes veröffentlicht:

Folgende Bestimmungen des Generals Mangin, Oberbefehlshabers der X. Armee, die Erleichterungen zur Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens im Rheinland betreffend, werden hiermit der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht:

Sämtliche Zahlungen, welche durch den erlaubten geschäftlichen Verkehr erforderlich werden, können vom 3. Februar an mit dem unbesetzten deutschen Gebiet zur Ausführung gebracht werden, unter der Bedingung, daß sie durch Vermittelung einer der drei durch die französische Verwaltung hierzu speziell ermächtigten Banken geleistet werden.

Die zu diesem Zweck bis auf weiteres befugten Banken sind:

Reichsbank Filiale Mainz,
Diskonto-Gesellschaft Filiale Mainz,
Kreuzberger u. Co. Filiale Mainz.

Interessenten können sich daher nach eigener Wahl an eine dieser drei Banken wenden.

Kontostellungen für das unbesetzte Gebiet können ohne weiteres Kontos für das besetzte Gebiet, falls dieselben die Summe von 40 Mk. nicht übersteigen. Anweisungen von höheren Beträgen werden nur bei ganz besonderer Begründung angenommen.

Radesheim a. Rh., den 8. Februar 1919. Der Landrat.

Die durch die Besetzung und Errichtung einer neutralen Zone zum großen Teil notwendig gewordene beschleunigte Entlassung der Mannschaften aus dem Heeresdienste machte eine ordnungsmäßige Regelung der Versorgungsangelegenheiten vor der Entlassung unmöglich.

Während unter normalen Verhältnissen solche Leute, die eine Dienst- bezw. Kriegsdienstbeschädigung erlitten, bis zum Abschluß des Rentenverfahrens beurlaubt wurden und während dieser Zeit Wohnung und Verpflegungsgeld empfingen, mußte mit dem Entlassungstage aus dem Heere die Zahlung dieser Gehaltsbeiträge eingestellt werden.

Da nun einerseits unter den jetzigen Umständen eine Beurlaubung in das besetzte Gebiet bezw. in die neutrale Zone nicht angängig ist, andererseits aber vor allem Schwere Beschädigte bis zum Einsetzen ihrer Versorgungsgeheimnisse in eine bedrückte wirtschaftliche Lage kommen können, ist das Kontrollamt zu Wiesbaden angewiesen worden, solchen Beschädigten — ausgenommen sind solche, bei denen schon von vornherein ein Versorgungsanspruch als ausrichtlos abgewiesen werden muß, — die für Beurlaubte zuständigen Geheimnisse in Form einer einmaligen oder von laufenden Unterstellungen je nach Lage der persönlichen Verhältnisse des Betroffenen auszugeben. Die auf diese Weise gezahlten Beträge werden eptl. später auf die rückliegende Zeit nachträglich ausständig werdenden Versorgungsgeheimnisse angerechnet. Anträge sind bei dem Herrn Bürgermeister, dem hierzu vorbereitete Vor- drucke zugehen, zu stellen.

Radesheim a. Rh., den 10. Februar 1919. Der Kreisausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Entspannung?

Der Zusammentritt der Nationalversammlung, die Wahl des Reichspräsidenten und die Bildung der Regierung, hat sich ruhig und in Ordnung vollzogen. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen ist, wenn wir von den nun einmal gegebenen Widerborstigkeiten der Unabhängigen absehen im ganzen würdig gewesen. Die Befürchtungen, die mit Bezug auf die Ruhe und Sicherheit des Parlaments gehegt worden sind, sind bisher eben nur Befürchtungen geblieben. Zu berücksichtigen ist ferner noch, daß die Verfassung des

Parlaments aus Berlin nach Weimar den Schutz der Versammlung wesentlich erleichtert hat, und daß damit die Wahl dieses Tagungsortes endgültig gerechtfertigt ist.

Wir haben jetzt einen Reichspräsidenten und eine Regierung, wir haben eine vorläufige Reichsgewalt, und die Revolution ist durch den Rücktritt der „Volksbeauftragten“ äußerlich beendet. Wenn wir auch weit davon entfernt sind, diese Tatsachen und Merkmale eines Fortschrittes als den Wiederbeginn eines endgültigen Aufstieges bezeichnen zu wollen, sind wir doch veranlaßt, zu bemerken, daß im Vergleich mit den aufregenden Wochen, die hinter uns liegen, ein gewisses Maß von Ruhe und Stetigkeit und von Gesetzmäßigkeit bei uns in deutschen Landen eingekehrt ist. Nach innen wird die Wendung der politischen Dinge in Deutschland wohl bald ihre Wirkung tun, die Wirkung nach außen ist uns zweifelhaft — zu sehr durchschauen wir das Schlimme, was sich vorbereitet, als daß wir noch Hoffnung auf eine günstige Wendung haben könnten. Wir sind vollkommen wehrlos — der feierlichste Protest wird den Willen nicht zu brechen vermögen, nach dem Deutschlands Zukunft „gestaltet“ wird.

Die Frage der auswärtigen Politik ist die Frage, ob wir leben, die Frage der inneren Politik ist die Frage, wie wir leben. Die Frage, ob wir leben, ob wir gleichberechtigt unter den Völkern der Erde existieren sollen, beantwortet der Friedenskonferenz, auf dem wir die Rolle des Statisten übernehmen müssen, auf dem wir also nichts zu vermeiden haben werden. Bei dieser Sachlage, die uns die ganze furchtbare Schwere dieser Zeit offenbart, müssen wir bestrebt sein, da zu arbeiten, wo wenigstens einiger Erfolg ist. Und da meinen wir, daß im Innern des Reiches gründliche und unermüdliche Arbeit geleistet werden kann. Wir haben es grundsätzlich vermieden, die „Sünden“ des alten Systems mehr als nötig zu kennzeichnen. Denn es ist fast nutzlos, über Vergangenes zu kämpfen, das man nicht mehr ändern kann, aber es mag auch Leute geben, die durch solches Vorgehen über die Armut an Ideen und Taten in der Gegenwart hinwegtäuschen müssen. Dann hat ja auch das alte System sein Gutes hinterlassen. Wir denken dabei an unsere Verlehrsanschlüsse, in denen die Beamtenschaft trotz aller Drangsalierungen durch die neue „Freiheit“ ihren Dienst getan, oder durch Proteststreik sich die Arbeitsfreiheit gegenüber spartakistischen Terrorerzwingungen haben. Diesen Sinn der Ordnung und der Unterordnung unter das Erfordernis des Gemeinwohls hat das alte Regime zu erziehen und so zu festigen gewußt, daß er alle Bräutungen übersteht. Er wirkt fort, und ohne ihn könnten die neuen republikanischen Gewalten überhaupt nichts Erfruchtliches in der Staatsverwaltung leisten. Dieser Pflichter und diese Hülle, unauffällige Treue der Beamten schätzen wir so hoch ein, daß wir sie gleichsam als das geistige Rückgrat des neuen Staatskörpers ansehen.

Diesen Aktioismus nimmt die neue republikanische, endlich gesetzlich gewordene Regierung mit in ihr erstes Verwaltungsjahr. Da ist es selbstverständlich, wenn wir hypothetische, sichersten allerersten Ordnung fordern. Unser Verwaltungsapparat muß von allen Anhängeln befreit werden, die die Revolution in so großer Zahl gebracht hat. Wir erwarten, daß eine der ersten Arbeiten der Regierung das große Reinenmachen, das Rekrutieren ist. Die NS-Mäße, deren Exzellenzberühmung sehr vernünftiger Mensch anerkennen kann, müssen verschwinden. Wir verneinen nicht die praktischen Schwierigkeiten, die NS-Mäße trocken zu sehen, denn der Arm der neuen Regierung ist noch nicht lang und stark genug.

Es wird dabei nicht ohne scharfe Auseinandersetzung abgehen, und es ist außer Zweifel, daß hier, buchstäblich genommen, Späne fliegen werden. Da mag der Reichspräsident Ebert zeigen, was eine Härte ist. Von ihm erwarten wir Taten, die auf die Einrichtung einer zuverlässigen Sicherheitsmacht hinführen. Alle Kräfte, die hier bisher gute Dienste geleistet haben, müssen zusammengeführt und zu einer beweglichen Macht gestaltet werden. Von tüchtigen Führern, an denen es uns gerade auf diesem Gebiete in Deutschland nicht fehlt, geleitet und durch eine eiserne, in Mäßigkeit und Vaterlandsliebe verankerte Disziplin schlagkräftig gemacht, wird sie allein uns die Ordnung schaffen, ohne die die arbeitssüchtigen Menschen im neugegründeten Vaterlande zur quälendsten Unmündigkeit verdammt sind.

Au den Grundlagen der Freiheit, der Ordnung und der Sicherheit wird das Reich größer und schöner wiedererstehen und dieses schwergeprüfte Volk zur segensreichen Arbeit zurückkehren können. Dann wird es den mit Leiden und Mühen überfüllten Weg zum Aufstieg schneller durchlaufen, es wird die Entlastung, die ihm für Jahrzehnte auferlegt ist, leichter tragen und mit neuer Leben die Hoffnung mitnehmen dürfen, daß wenigstens der nächsten Generation ein friedlicheres und freudigeres Dasein beschieden sein wird.

Die Nationalversammlung.

1. Sitzung.

Die Nationalversammlung hat sich jetzt zum zweiten Male innerhalb einer Woche vor die Aufgabe gestellt, sich einen Präsidenten zu wählen. Der Grund dafür liegt nicht in dem Eintritt Dr. Davids in das Ministerium, obwohl auch diese Tatsache Veranlassung für eine Neuwahl hätte werden müssen. Der eigentliche Grund liegt in dem von den bürgerlichen Parteien des Regierungsbündes erhobenen Anspruch auf den einen der drei Präsidentenposten. Die Tatsache, daß dieser Regierungsbünd sich zu gleichen Teilen aus sozialistischen und nichtsozialistischen Parlamentariern zusammensetzt, hätte nach außen hin keinen Ausdruck gefunden, wenn nicht wenigstens einer der drei Posten einem bürgerlichen Politiker übertragen worden wäre. Eine Zeitlang schien es, als wenn die Sozialdemokratie gerade auf die Befetzung des Präsidenten der Nationalversammlung nicht verzichten wollte. Zum Schluß gab sie aber doch dem Vorschlag im Ministerium den Vorzug. Dadurch wurde der Rücktritt Davids notwendig, der dann Unterhast im Reichsministerium fand.

So wird aller Voraussicht nach die Nationalversammlung während des größten noch verbleibenden Teiles ihrer Tagung einen bürgerlichen Politiker an ihrer Spitze sehen. Präsident Fehrenbach ist im Parlament kein Unbekannter. Als Reichstagspräsident hat er bewiesen, daß er für die Leitung parlamentarischer Verhandlungen alle dazu notwendigen Vorbedingungen erfüllt.

In den Reigen der Parteirechner schob sich heute der Minister des Auswärtigen, Graf Brodorski.

Man hat, mit einer programmatischen Rede über seine auswärtige Politik ein. Graf Brodorski ist eine Klamke, noch jugendliche Gestalt mit vollem schwarzen Haupthaar. Es ist das erste Mal, daß er vor einem parlamentarischen Forum spricht. Man merkt ihm sofort eine gewisse Befangenheit an, die ihm auch während der ganzen Dauer seiner Rede nicht zu verlassen scheint. Es beeinträchtigt die Wirkung seiner Rede gewiss, daß er sie auch nicht zum kleinsten Teil frei vortrug, sondern sie von seinem Manuskript wörtlich ablas. Inhaltlich hinterließen manche Stellen der Rede keinen angenehmen Eindruck. Es wollte scheinen, daß er in der Belastung des deutschen Schuldontos, soweit der Krieg und die vorausgegangene Friedenszeit in Betracht kommen, etwas einseitig vorging. Denselben Eindruck der Einseitigkeit hatte man auch an den Stellen seiner Rede, in denen er die Methoden der auswärtigen Politik in dem neuen Zeitalter, wie er sie zu verfolgen gedenke, darlegte. Manchem von seinen Zuhörern dürfte es wohl etwas unheimlich geworden sein bei dem Uebermaß von idealistischer Weltbetrachtung. Manches, was er sagte, war durchaus zutreffend, aber man hatte das Gefühl, daß keine Notwendigkeit vorlag, es auszusprechen oder daß der Minister eine glücklichere Form dafür hätte wählen sollen. Inbessenen wollen wir alles von der Zukunft erwarten und uns dessen erinnern, daß dem Grafen Brodorski der Ruf eines gewandten Diplomaten vorausgeht.

Nach dem Grafen Brodorski sprach der Abgeordnete Reil von den Mehrheitssozialisten. Als seine kleine ungeschickte Gestalt am Rednerpult erschien, lachten sich die Reihen im Saal, die heute schon überhaupt manche Scherz aufweisen, noch mehr, und in dem Theaterlokal, wo die Restauration untergebracht ist, entfaltete sich ein so reges Leben.

Karl Reil kam als erster Oppositionsredner Graf Posadowski zu Wort. Der Graf im Bart sprach wirkungsvoll wie immer. Die Partei des Redners, die Konservativen, befindet sich in diesem Hause in schwieriger Lage. Die ganze Entwicklung hat gegen sie entschieden und ist über sie hinweggegangen. In dieser Atmosphäre, nicht nur der Person ihres Vortrags, sondern auch seinen Ausführungen Beachtung und Wirkung zu sichern, mußte ihre Sorge sein und eine glücklichere Wahl konnte sie nicht treffen, als die Bestimmung des durch eine fragepolitische Vergangenheit in seiner Weise belasteten Grafen Posadowski zum Parteiredner. Die ganze politische Art des Grafen, dem alles Aufreizende fern liegt, der nur durch Sachlichkeit zu wirken sucht, der auch Wortgewandtheit genug besitzt, um seine Sache wirkungsvoll zu vertreten, mußte als der geeignete Vortragsredner der Rechten in dieser Lage erscheinen. Das Verdienst seiner Rede liegt darin, daß er den Komplex der politischen Dinge, die jetzt zur Diskussion stehen, einmal von der anderen Seite beleuchtet hat. Das einseitige Verdonnerungsurteil, das von den Trägern der Revolution über das alte System gefällt wird, wurde von ihm in vielfach glücklicher Art korrigiert, wenn es ihm auch nicht gelang, dabei feinerseits Einseitigkeit zu vermeiden. Hinter dem vielfach jetzt übersehenen Lichte des Alten traten seine schweren Mängel etwas in den Hintergrund. Darum wurde Graf Posadowski, als er das Lebensrecht der Kirche gegen die ihm drohende Anfechtung verteidigte. Ueber die Stellung seiner Partei gab der Graf eine offizielle Erklärung ab, die einerseits der Entwicklung gerecht zu werden, andererseits den Zusammenhang mit den bisher von den Konservativen vertretenen Anschauungen zu wahren suchte. Das Haus folgte dem Redner mit Aufmerksamkeit. Die ehrwürdige Gestalt des Grafen und seine vornehme, ritterliche Klingensprache ließen keine ärmlichen Gegenüberstellungen aufkommen.

Nachdem sich das Haus mit der Bildung von Kommissionen für die einzelnen parlamentarischen Arbeiten verstanden erklärt hatte, vertagte es sich bis Samstag.

Der Waffenstillstand.

Neue Forderungen.

Agence Havas meldet: Der Oberste Kriegsrat hat folgende Beschlüsse gefaßt: Der jetzige Waffenstillstand wird am 17. Februar erneuert, aber nur für kurze Zeit und die Alliierten sollen die Möglichkeit haben, ihn jederzeit aufzuheben, falls die Bedingungen nicht eingehalten werden. Zu den Bedingungen des Waffenstillstandes gehört auch die Verpflichtung der deutschen Armee, alle Feindseligkeiten gegen die Polen einzustellen und eine bestimmte Grenzlinie nicht zu überschreiten. Während dieses provisorischen Waffenstillstandes wird eine Sonderkommission die Bedingungen des neuen Waffenstillstandes entwerfen, der dann bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens Gültigkeit haben soll. Die von dem Obersten Kriegsrat beschlossenen Waffenstillstandsbedingungen sind sehr streng. Sie betreffen in sich u. a. auch die Kontrolle der Alliierten über die Demobilisierung und Abrüstung. Deutschland wird man später die neuen Waffenstillstandsbedingungen mitteilen, die dann die Nationalversammlung vor Ablauf des provisorischen Waffenstillstandes zu prüfen haben wird. Eine Sonderkommission von acht Mitgliedern wird heute den Entwurf des endgültigen Waffenstillstandsvertrages unterbreiten.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

• Weimar, 16. Febr. Marschall Hoch übergab dem Reichsminister Erzberger gestern nachmittag 3 Uhr folgende Vorschläge zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens:

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Polen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Zu diesem Zweck wird ihnen unterstellt, folgende Linie durch ihre Truppen überschreiten zu lassen: Gegen Süden die Linie der ehemaligen Ost- und Westpreußen; dann eine Linie die die Provinz Polen ausschließt bis zur schlesisch-russischen Grenze. Also bleibt Ost- und Oberschlesien wie heute in unserer Hand. Die Regierung in den so umschriebenen Gebieten wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedens-

vertrag in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von der interalliierten Kommission in Warschau, welche wahrscheinlich Vertreter nach Warschau entsenden wird, verbürgt.

2. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine kurze, unbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Ausführung der Bestimmungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919, sowie dieselben zurzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstands fortgesetzt, bis die von der interalliierten permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgelegten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

• Weimar, 16. Febr. Die Reichsleitung hat Erzberger angewiesen, die Waffenstillstandsbedingungen zu unterzeichnen. Der Entschluß zur Annahme der Forderungen wurde von den Mitgliedern des Kabinetts einstimmig gefaßt.

Allerlei Nachrichten.

Ebert bleibt bei der Partei.

Reichspräsident Ebert antwortete auf die Frage, ob er als Reichspräsident aus der Partei auszuscheiden beabsichtige: Nein, meine Partei ist der Zahl und den Meinungen nach die stärkste der neuen Koalitionsgeneration. So wenig meine Parteifreunde, die Staatssekretäre, ihre Parteizugehörigkeit ablegen werden, so wenig werde ich es tun. Es wäre auch eine Geistes ohne Inhalt, wenn nicht gar eine Irreführung, wohl aber würde ich die Geschäfte des Reichspräsidenten so führen, daß keiner von Parteilichkeit reden kann.

Nadels Einspruch.

Der verhaftete russische Bolschewikenführer Nadel hat den Antrag auf Haftentlassung gestellt und begründet ihn damit, daß er als Chef einer russischen Gesellschaft das Recht der Exterritorialität genieße. Außerdem könne er als Mitglied der russischen Regierung nicht von einem deutschen Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Er habe keine strafbare Handlung begangen, vielmehr unter seinem richtigen Namen Soboloff die Grenze passiert. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß einem Manne wie Nadel, der als intellektueller Urheber des Unterverganges in Berlin anzusehen ist, das Recht der Exterritorialität bewilligt wird.

Duisburg besetzt.

Spartakisten aus Hamburg versuchten, in Duisburg einzudringen. Nachdem sie die Wachen im Stadthaus überfallen hatten, wurden sie von der Polizei und der zahlreich sich einklinkenden bewaffneten Bürgerschaft zurückgewiesen, und es wurde ihnen ein großes Waffenlager abgenommen. Infolge der Unruhen rückte noch am späten Abend, vom Rhein kommend, eine Kompanie Belgier mit einem Panzerauto ein und übernahm den Schutz der Stadt. Weitere Truppen, Franzosen und Engländer, werden folgen. Die umfangreichen Kasernenanlagen in Duisburg und Ruhrort und die Ruhrbrücken werden ebenfalls von den Truppen besetzt werden.

Spartakus.

Die Ränderberger Spartakisten hatten, 100 Matrosen nach Ingolstadt zu schicken. Der Kommandant von Ingolstadt, Generalmajor Holmann, besetzt den Bahnhof besetzen und erklärte, daß er keine Schritte der Matrosen das Feuer eröffnen lassen werde. Daraufhin ist die Abreise der Matrosen unterblieben. Die gesamte Garnison von Ingolstadt, 15 000 Mann, steht fest zum Militärminister Reichsminister, und ist auch einschlössen, möglicherweise in München einzugreifen, wo die Spartakisten mit einer neuen Revolution bedrohen.

Freiwilliger Seemannschaft.

Die bayerische Regierung ruft alle wehrfähigen Männer Bayerns zur Bildung einer freiwilligen Seemannschaft auf, um die Bedrohung im freien Volkstaat gegen die Gefahr eines von den Bolschewiken drohenden Anzuges im Lande zu bekämpfen.

Die Nordmark.

Der Nationalversammlung liegt folgende Antrag vor: Die Reichsregierung wird ersucht, auf scharfe Weise den Annullationsgesetzen nationalsozialistischer Kreise Dänemarks hinsichtlich der deutschen Nordmark entgegenzutreten.

Greh erblindet.

Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ in Grech, der 16. Dezember 1916 enalischer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war und schon lange Zeit an einem Augenleiden litt, vollständig erblindet.

Zustverkehr Paris—London.

Einem französischen Kunstschmuck zufolge, ist der Franco-Luftkommunikations-Gesellschaft am Sonntag von London nach Paris zurückgekehrt. Der Flug wurde in 3½ Stunden zurückgelegt. Wie bei der Hinfahrt wurden 14 Passagiere mit je 20 Pfund Gepäck befördert.

Gefangenen-Post.

Nach einer Mitteilung der belgischen Eisenbahnverwaltung können vorläufig Postpakete an deutsche Gefangene in Belgien nicht befördert und daher von den Postanstalten nicht angenommen werden. Verhandlungen wegen Wiederzulassung des Verkehrs sind im Gange.

Amerikanische Lebensmittel.

Zwei amerikanische Offiziere weihen gegenwärtig in Bremen, um wegen der bevorstehenden amerikanischen Lebensmittellieferungen über Bremen zu verhandeln. Sie wollen sich unterrichten, ob Sicherheit für die nach Bremen zu versendenden Lebensmittel gewährleistet werden könne.

Die Besatzungsarmee

Die Besatzungsarmee für Deutschland soll, wie der Vertrag zwischen den Alliierten und Deutschland bestimmt, aus 200.000 Mann französischer, englischer und amerikanischer Truppen bestehen.

Unter alliierter Flagge

Der Interalliierte Rat für Seetransporte hat der Konferenz beschloß, daß die deutschen und die österreichischen Postdampfer in erster Linie für die Heimführung der Truppen und für Lebensmitteltransporte in den verschiedenen Gegenden Europas verwendet werden sollen, einschließlich der besetzten und der feindlichen Gebiete. Die Vollmacht über die Schiffe wird zwischen den verschiedenen assoziierten Regierungen verteilt werden. Die getroffenen Maßnahmen greifen vollständig der friedlichen Verfügung vor, die durch den Friedensvertrag geregelt werden wird. Die Schiffe werden die Flagge der interalliierten Rats für Seetransporte und die Flagge der betreffenden bevollmächtigten Nation führen.

In spät

Der Deutsche Seemanns-Bund hat mit Rücksicht auf die Maßnahmen seitens der Entente seine Forderungen auf Einführung von Schiffsräten und Aufhebung der Seemannsordnung fallen lassen. Dieser Entschluß kommt leider zu spät, denn die Entente hat den Anspruch, daß die Ablieferung der deutschen Seemanns-Bündnisse eben wegen der Forderungen des deutschen Seemanns-Bundes nicht rechtzeitig erfolgen konnte, so daß die vorerwähnten Forderungen hinsichtlich der Flaggenführung und der Besatzung durch die Entente bewilligt. Die Seemanns haben sich also durch ihre Abweisung der Forderungen wahrnehmbar selbst, um die Abweisung gebracht, die deutschen Handelschiffe zu bewahren.

Die Schulden von Österreich und Ungarn.
Nach Mitteilung der Wiener Zeitungen stellen sich am Trennungstage (31. Oktober 1918) die gesamten Verbindlichkeiten der beiden Staaten der beiden Staaten der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Monarchie wie folgt: Für Österreich betragen die Schulden vor dem Kriege 11.435, die Kriegsschulden 68.084, die anderen Verbindlichkeiten 3186 Millionen Kronen; für Ungarn betragen die Schulden vor dem Kriege auf 7390, die Kriegsschulden auf 33.091, die anderen Verbindlichkeiten auf 1820 Millionen Kronen. Danach betragen die gesamten Schulden 126.043 Millionen Kronen.

Der Schadenersatz

Im englischen Unterhause erklärte Lord Curzon auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Zurückhaltung der Kriegskosten, die britischen Delegierten seien ebenfalls angewiesen, eine Entschädigung zu fordern, die sowohl die Kriegskosten, als auch den tatsächlichen Schaden umfasse.

Kopenhagen als Stapelplatz

Wie verlautet, hat der amerikanische Lebensmittellieferant Hoover den Vorschlag des Abgeordneten Sørensen, Kopenhagen als Stapelplatz für die Lebensmittel zu wählen, die Amerika nach Deutschland, Schweden und Polen senden wird, angenommen. Der große Teil der Waren soll im hiesigen untergeordneten Lager.

Kolumbo in deutscher Hand

Die von einigen Mätern gegebene Nachricht von der Besetzung Kolumbo durch die Kolonialisten entspricht nicht den Tatsachen. Kolumbo ist jetzt in unserer Hand.

Wilson

Was betrifft in amerikanischen Kreisen, daß Wilson nur eine Woche in den Vereinigten Staaten bleiben wird. Die Arbeiten der Friedenskonferenz werden fortgesetzt. Der Präsident soll erklärt haben, er wolle sich nicht das Recht an, sie durch seine Abreise zu unterbrechen. Die Mätern warteten sehr gespannt darauf, daß die Pariser Konferenz ihnen den endgültigen Frieden bringe. Als dann aber wurde Ober Wilson am Freitag den 15. März das Heiß der amerikanischen Delegation auf offenem Platz annehmen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Georg Müller 1.

Elstville, 17. Febr. Am 6. d. Mts. starb nach einer Darmoperation im 68. Lebensjahre Herr Georg Müller hier. Herr Müller war lange Jahre hindurch tätiger Mitteilhaber der Selt-Hirna-Mattheus-Müller, um dann später in den Aufsichtsrat der Gesellschaft überzutreten. Neben seinen kaufmännischen Geschäften widmete sich der Verstorbene in ganz großem Maßstabe der praktischen sozialen Fürsorge in aller Stille. Eine sehr große Zahl von gebrechlichen oder sonst hilflosbedürftigen Personen wurden dauernd unterstützt, jedes fand einen Rat und eine Tat im Haus „Rosa“. Jetzt ist das Testament des Verstorbenen eröffnet worden, in welchem Herr Müller seiner Schenkungsbedürftigen, der Kranken, Schwachen und Hilfsbedürftigen auch über sein Leben hinaus gedacht hat. Er hat neben anderem 200.000 Mk. für wohltätige Zwecke ausgesetzt, dazu weitere 15.000 Mk. für ein Freizeit im Krankenhaus für arme Kranke. Herr Georg Müller hat auch seinem Geburtsort Dettelnheim sein dort gelegenes Haus nebst Acker und Wiesen testamentarisch vermacht, nachdem er derselben Gemeinde schon vorher sein Weingut geschenkt hatte. — Die Stadt Elstville besitzt jetzt drei große Vermögensstücke aus den beiden Gründer-Familien der seit Anfang des 19. Jahrhunderts hier ansässigen Selt-Hirna-Mattheus-Müller. Zuerst schenkte die Familie Heinrich Müller-Reischer ihr Familienhaus am Gutenbergplatz, nebst einem Kapital von 10.000 Mk. zur Errichtung eines Krankenhauses. Dann vermachte der jetzt in Wiesbaden wohnhafte Kommerzienrat Bernhard Müller der Stadt 100.000 Mk. mit der Bestimmung, armen verlassenen Kindern die Erziehung eines Berufes zu ermöglichen bezw. in Kinderschulzwecken. Und nun hat Herr Georg Müller in warmherzigem Gedanken seiner Heimatstadt die dritte Stiftung errichtet. Wahrscheinlich ein soziales Empfinden bei den Familien, wie man es nicht alltäglich findet, und eine ehrenvolle Nutzung der ihnen verlassenen Güter.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Elstville, 16. Febr. Hier ist ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet worden. Derselbe zählt zurzeit über 80 Mitglieder. Parteistat ist das Restaurant „zum Gutenberg“.

berg“, Ecke Gutenberg- und Bahnhofstraße, Besitzer Jean Schwab.

Jubiläum.

(1) Winkel, 16. Febr. Am 6. d. Mts. waren 40 Jahre verflossen, daß Herr J. Schmelzer dahier in den Betrieb der chemischen Fabrik, vorm. Goldberger, Geromont & Co. eintrat. Wie er im privaten Leben einer unserer geachtetsten und beliebtesten Mitarbeiter ist, hat er es auch in seinem Beruf verstanden, sich die Hochachtung und Wertschätzung seiner Herren Chef und Vorgesetzten zu erwerben. Die Firma gab ihrem Zufriedenheit durch Lieberreichung eines namhaften Geldgeschenktes sowie eines Glückwunsch-Schreibens Ausdruck. Möge es dem allseits beliebten Jubililar beschieden sein, im Kreise seiner Lieben noch den schönen Tag zu feiern, an dem ihn für 50jährige treue Tätigkeit der goldene Ehrenkranz schmückt. Ein dreifach hoch dem Jubililar!

Angelfischerei.

H. V. Nadesheim a. Rh., 18. Febr. Der Herr Franz Kreisverwalter hat bekanntgeben lassen, daß die Angelfischerei nunmehr denjenigen Personen wieder gestattet ist, welche im Besitze der von den zuständigen deutschen Behörden ausgestellten Fischereierlaubnischeine und Fischereischeine sind.

Schließung von Wirtschaften.

H. V. Nadesheim a. Rh., 18. Febr. Der Herr Militärkommandant hat die Wirtschaften von Altenkirch und Petry in Kufhausen bis auf weiteres geschlossen, weil dieselben nach der festgesetzten Polizeistunde noch offen befunden wurden.

Geschäftsverfahren der Mühlen.

H. V. Nadesheim a. Rh., 18. Febr. Aus den Kreisen der Landwirte mehren sich die Klagen darüber, daß die Mühlen, die Getreide und Hafer zu Nahrungsmitteln verarbeiten, die Mele und Abfälle den Landwirten nicht zurückgeben. Wie wir von zuständiger Stelle hören, ist dieses Verfahren der Mühlen durchaus unzulässig. Die Mühlen sind verpflichtet, alle Abfälle ohne Ausnahme dem Besitzer des Getreides zurückzugeben. Es ergibt sich dies schon ohne Weiteres aus dem Eigentumsrecht an dem Getreide und es können zweifellos auch jetzt noch alle die Mengen beansprucht werden, die in der Vergangenheit nicht zur Ablieferung gebracht sind. Bei der herrschenden Futtermittelnot ist die Frage jedenfalls von sehr erheblicher Bedeutung und es wird deshalb die Anordnung des Preisdienstes, die in der letzten Nummer veröffentlicht wurde, die Verpflichtung der Mühlen zur Ablieferung der Mele und sonstigen Abfälle nochmals besonders hervorgehoben.

Diebstähle.

* Kufhausen, 17. Febr. Aus dem hiesigen St. Vincenz-Stift wurde gestern Abend ein fettes Schwein gestohlen. Der Polizeihund von Nadesheim nahm zwar eine Spur auf, jedoch konnten bis jetzt die Diebe und der Verbleib des Tieres nicht ermittelt werden. — Die Täter müssen mit den örtlichen Verhältnissen sehr vertraut gewesen sein. Vor einigen Tagen wurden hier schon fünf Schafe gestohlen. Ob die polizeilichen Nachforschungen Erfolg haben werden, ist abzuwarten.

Zurückgenommene Erlaubnis.

+ Wiesbaden, 17. Febr. Die französische Behörde hat die Erlaubnis, daß Lebensmittelpakete aus dem unbesetzten Teile Deutschlands eingeführt werden dürfen, wieder zurückgezogen, weil in den letzten Drucksachen, Zeitungen und Briefe eingeschmuggelt wurden.

Lebewut.

* Sagen, 18. Febr. Schwer bestraft wurde eine Frau von hier, da Sagen jetzt bekanntlich zum besetzten Gebiet gehört. Sie hatte sich, um den Roman ihrer Zeitung zu Ende lesen zu können, eine Anzahl Nummern ihrer Zeitung verschafft, wurde dabei durch die französischen Kontrollen ertwischt und muß nun eine Geldstrafe von 800 Mark zahlen.

Mord.

* Mainz, 17. Febr. Die Obduktion des Leiche des ermordeten Zigarrenhändlers Max Cassel hat ergeben, daß der Tod durch Erhängen eingetreten ist. Bis jetzt gelang es noch nicht, die Täter zu ermitteln. Wie angenommen wird, ereignete sich die Tat zwischen 6 und 7 Uhr Abends. Der Hausmörder muß mit den Gepflogenheiten des 69-jährigen Zigarrenhändlers Max Cassel vertraut gewesen sein, daß derselbe nach Badenstraße noch längere Zeit in seinem Badenzimmer blieb und auf Klappen im Haus zur Öffnung. Um 6 Uhr als der Laden geschlossen wurde, hatte die Monatsfrau den Laden gereinigt, nach ihrem Weggang muß dann der Hausmörder Eingang in den Laden gefunden haben. Es wird angenommen, daß etwa 1000 Mark an Geld geraubt wurden. Cassel hatte die Gewohnheit, sein Geld in einer Brieftasche im Rock mitzuführen. Wenn er im Laden auf einen größeren Betrag herausgeben mußte, zog er stets die Brieftasche aus der Tasche und wechselte. Auch dies muß der Hausmörder beobachtet und ihn auch zu der furchtbaren Tat verleitet haben. Die Brieftasche hat der Mörder seinem Opfer abgenommen.

Mainz, 14. Febr. (Zur Ernährungsfrage.) Am nächsten Montag wird Herr Bürgermeister Dr. Rühl und eine Anzahl Stadtverordneten von Herrn General Mangin empfangen werden, um diesem über den derzeitigen Stand der Ernährungsverhältnisse in Mainz, die so sind, daß die Franken nicht mehr erhalten werden können, eingehenden Vortrag zu halten. Die Anregung dazu geht auf einen persönlichen Wunsch des Generals zurück, der sich bereit erklärte, alles zur

Erleichterung der Lage zu tun und gegebenenfalls die Zuteilungen für Saarbrücken aus französischen Quellen auch für Mainz nutzbar zu machen.

Speyer, 14. Febr. (20.000 Franken Geld.) Am 28. Januar d. J. wurde, wie eine an den hiesigen Aufschlagsstellen angeschlagene Bekanntmachung des Bürgermeisters vom 1. Februar besagte, angeblich der französische Wachposten Nr. 5 an der Ostseite der Pfalzflugzeugwerke Speyer nachts um 1/10 Uhr von drei Zivilisten tödlich angegriffen. Der Armeekommandant hatte angeordnet, daß die Stadt Speyer kasibar gemacht wird, wenn die Täter nicht bis 1. Februar Abends 10 Uhr namhaft gemacht seien. Trotz der Aussetzung einer Belohnung von 1000 Mark durch das Bürgermeistersamt für Namhaftmachung bezw. Ergreifung der Täter konnten in der Angelegenheit keine Ermittlungen erfolgen. Die Stadt Speyer wurde daher jetzt mit einer Buße von 20.000 Franken belegt, welche sofort entrichtet werden mußte.

Saarbrücken, 13. Febr. (Französische Lebensmittelverteilungen.) Der Leiter der Lebensmittelverteilung des Saargebietes, Comte de Ralailuc gibt folgendes bekannt: Da die deutsche Regierung die wöchentliche Rationierung von 7 auf 5 Pfund herabgesetzt hat, hat General Mangin, Kommandierender General der 10. Armee, angeordnet, einen Ausgleich für diese Verminderung durch eine Verteilung von Reis und Dörrgemüse herbeizuführen, und zwar 56 Gramm für ein Pfund Kartoffeln. Infolgedessen wird die allgemeine Ration von 3. Februar ab auf 7 Pfund Kartoffeln 5 Pfund Ration und 120 Gr. Reis oder Dörrgemüse pro Kopf und pro Woche betragen. Da der Viehbestand eine Erhöhung der Milchration nicht zuläßt, hat der Kommandierende General beschlossen, die gegenwärtige Ration beizubehalten, bis es möglich sein wird, regelmäßig Gefrierfleisch zu verteilen.

Brühl, 13. Febr. (Was geschieht mit dem Schloß.) Nicht wehen über dem berühmten Schloss zu Brühl bei Köln die Ruhestadler. Es ist dem Schutze der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft anvertraut. Der Arbeiter, Bäcker- und Soldatenrat hat mit diesem schnellen Entschluß dem Gemeinwohl einen Dienst zu leisten. Es wäre ein unerheblicher Verlust nicht nur für Brühl, sondern auch für Köln und im weiteren Sinne für die ganze Rheinprovinz, wenn der in der Kunstgeschichte so hochstehende Bau aus der Aufrichtungszeit in die unrichtigen Hände käme. Diese Gefahr war vor Jahren schon einmal da und sie ist unter den heutigen Verhältnissen natürlich in verstärktem Maße gegeben.

Köln, 13. Febr. (Die Fliegerischen in Köln.) Aufgekauft wurde während des Krieges in Köln bei sieben Fliegerischen Sachschaden anerkannt, während bei zwei Anarissen aus Personen zu Schaden kamen. Der erste dieser Anarisse war am 2. Oktober 1917. Ihm folgte in weitem Abstand am 24. März 1918 der zweite Anariss, bei dem Sachschaden verursacht wurde. Am 18. Mai 1918, am Pfingstmontag, war dann der dritte und größte Anariss auf die Stadt Köln, bei dem nach den bisher vorliegenden Annahmen 43 Personen getötet oder tödlich verletzt und 55 Personen schwer oder leicht verletzt wurden. Die folgenden Anarisse am 22. und 23. Mai verursachten ähnlichen Schaden wie der dritte. Beim nächsten Anariss, am 22. August 1918, wurden wiederum Personen getötet und verletzt, und zwar sind sechs Tote und zehn Verletzte bisher angegeben worden, der fliegende und letzte Anariss am 16. September 1918 hatte nur Sachschaden, allerdings in großem Umfang, an Köln. Die Zahl der angegebenen Sachschäden betrug ungefähr 1000, wobei allein über 950 Fälle auf die drei großen Anarisse am 18. Mai, 22. August und 16. September 1918 kommen. Der anerkannte Gesamtschaden dürfte rund eine Million Mark betragen, die bis wieviel auf eine halbe tausend Mark, hauptsächlich auf die drei großen Anarisse verteilt.

Zahlen, über die man im Kriege nicht sprechen dürfte, werden nunmehr der Öffentlichkeit bekannt. Im Kriege sind infolge des Hungers der Mütter 196 Prozent Säuglinge mehr gestorben, als im Frieden, die Sterblichkeit der Leute im Alter von 70 Jahren nahm um 33,4 Prozent zu. Die Sterblichkeit an Tuberkulose wuchs von 15 auf 31 vom Hundert. Die Todesfälle stiegen von 1097 im Jahr 1913 auf 3136.

Wiedereröffnung des Sommerzells. Nach einer Mitteilung der „Agence Havas“ wird in Frankreich in der Nacht zum 2. März die Uhr um eine Stunde vorgestellt. Am 5. Oktober tritt dann wieder die alte Zeit in Kraft. Es ist anzunehmen, daß das besetzte Gebiet diese Uhrumstellung mitmachen wird.

Freigabe von Dörrgemüse. Der Waffenstillstand und die damit einsetzende Demobilisierung von Meer und Marine haben zur Folge, daß ganz erhebliche Mengen von Dörrgemüse nicht mehr für die bewaffnete Macht benötigt werden. Da außerdem weitere Mengen an Dörrgemüse bereits hergestellt oder in der Herstellung begriffen sind, hat sich die Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse veranlaßt gesehen, den bisher unterhaltenen Absatz von inländischem Dörrgemüse freizugeben. Sie weist jedoch in der von ihr im Reichsanzeiger Nr. 23 erlassenen Bekanntmachung ausdrücklich darauf hin, daß durch diese Freigabe nichts an den Abgabepreisen geändert wird, die sie in den Bekanntmachungen vom 1. November 1918 (Reichsanzeiger 264) und vom 8. Januar 1919 (Reichsanzeiger 12) festgesetzt hat.

Die neue grammatische Dichtung.

* Paul Lindau erhielt, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, eines Tages von einer Dame eine Zuschrift, in der sie ihm den Vorschlag machte, eine neue Dichtungsart einzuführen, in der neben dem gedanklichen Inhalt auch die Regeln der Grammatik zur Geltung gelangen sollten. Als Probe fügte sie folgenden Verszeilen hinzu:

Ruh ist des Lebens Lust,
Ich bin, du bist, er ist,
Schnell geht es wie der Wind,
Wir sind, ihr seid, sie sind.

Der Dichter antwortete mit folgenden Versen:

Das Mädchen wird mal Braut,
Ich haue, du haust, er haut,
Die Braute werden Frauen —
Wir haue, ihr haue, sie haue.

Verantwortlich: Adam Eilenne, Detteln.

Beim Ausgehen

Legittimationskarten

nicht vergessen!

Oeffentliche Mahnung.

Diejenigen, welche mit der Zahlung der 4. Rate Staatssteuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch öffentlich gemahnt und ersucht, die Steuer nunmehr bis spätestens Montag, den 24. Februar an die Gemeindekasse zu zahlen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die kostenpflichtige Beitreibung im Verwaltungszwangverfahren. Eine weitere Mahnung durch Mahnzettel geschieht nicht mehr.

Oestrich, den 17. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Becker.

Vorläufige Anzeige.

Der Unterzeichnete läßt gegen Ende dieses Monats seine in den Gemarkungen Hallgarten, Hattenheim und Oestrich belegenen

Weinberge

öffentlich zum Verkauf ausbieten. Termin wird später bekannt gegeben.

Eduard Engelmann, Hallgarten.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik

Heidesheim (Rheinessen) und Mainz

übernimmt das Gerben von Grosshäuten sowie von Kalb-, Ziegen- u. kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen

In jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren, Spezialität Kump, Geschirre, Treibriemen, Massenartikel.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklassen, Gruppenbilder, Holmaufnahmen Vergrößerungen nach jedem Maß. Grosses Lager in Broschen und Anhängern. Aufnahmen dem Tag für Tag. 12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50. Reisebilder in sofort. Ausführung. Aufnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet. Elektr. Kopieranstalt, Herrieholz von Film u. Platten u. Abzüge nach des Feld.

Achtung! Achtung! Die Schuhnot für Winkel und Umgebung

für längere Zeit beseitigt.

Gingetroffen sind:

Lederstiefel

für

Herren, Damen und Kinder.

Verkauf gegen Bezugsschein.

Große Auswahl in

Holzschuhen und Holzsandalen,

teils zu zurückgesetzten Preisen.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Kaufhaus Ph. Dorn,
Winkel a. Rh.,
Hauptstraße 30.

J. & G. ADRIAN



WIESBADEN

Bahnhofstrasse 6. Fernspr. 59 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen Plätzen

Verpackung :: Assecuranz

Moderne Möbel-Lagerhäuser

Spedition :: Rollfuhrwerk

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::
zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::
zu den billigsten Preisen.

Gebr. Hallgarten, Bingen a. Rh.

Schmitt-
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

L. RETTENMAYER

Gegründet 1842.

G. m. b. H.

WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 134, 242, 2376 (Direktion 6611).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Ueber-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und

Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbellhaus: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.

Spedition,

Rollfuhrwerk,

Lager,

Incasoo,

Versollungen.



Sammelladungen,

Commission,

Barren-Klee-

Verkauf

Verleierungen.

Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.
Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.
Schlafwagenkarten. - Amtl. Gepäckabfertigung
und Beförderung zu und von den Zügen.
Reisegepäck-Verpackung.
Reiseunfall-Verpackung.
Fernsprecher für Reisende: Nr. 242 und 2376.

Ellämsche Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Bureau Nr. 52 und 51 —

Verzinsung von Spargeldern zu
günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden
Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung
aller Angelegenheiten.

Institut für vornehme Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden
Grabenstrasse 23. — Telefon 3973.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“

Privat- u. Volkswirtschaft in Technik und Praxis.

alles was Handel und Wandel, Kontowissenschaft und Fertigkeiten angeht, sei es Buchhaltung nach allen Systemen, Briefverkehr, Formularkunde, bürgerliches, gewerbliches und kaufmännisches Rechnen, Kontrollen, Wechsel- und Scheckkunde, Konto-Korrentlehre nach allen Systemen, Vermögensverwaltung, Stenographie, ferner aber auch ausgewählte Kapitel der Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften lehrt Damen und Herren in jedem Lebensalter (getrennte Abteilungen) die kaufmännische Privat-Schule von

Hermann Bein

und

Clara Bein,

Diplom.-Kaufleute u.

Diplom.-Handelslehrer,

Rhein-

strasse 115

Wiesbaden

nabe der Ringkirche,
nach Wahl in Vor-, Nach-
mittags- und Abendkursen
oder Privatstunden bei
mässigen Honorarhöhen.
Bei den Rollkursen sind in
dieser die sämtlichen Unter-
richtsfächer und Vorträge
eingeschlossen. Bei Einzel-
fächern ist nur eine ein-
malige Zahlung für die
ganze mehrmonatliche Dauer
des Unterrichts zu leisten.
Bei Auswärtigen Kurs-
teilnehmern übernimmt das
Institut einen Teil der
Fahrtkosten. Für Kriegs-
beschädigte beider Geschlechter
ermässigt Honorar.
Beginn neuer Kurse
Anfang Januar.

Weitere Auskünfte werden
bereitwilligst jederzeit im
Geschäftsbüro:

Rheinstr. 115, 1. Stock
erteilt. Anmeldungen da-
selbst jeweils rechtzeitig vor
Beginn der Monate erbeten.

Impregnierte u. kyanisierte
Weinbergspfähle,

runde und gefägte

Stückel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mtr. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mtr. lang,

empfiehlt

Gg. Jos. Friedrich,

Oestrich i. Rhg.

— Telefon 70. —

Ia. Saiten

für

Zither, Streichzither, Violine,

Mandoline und Gitarre

sowie alle Bestandteile für obige

Instrumente auf Lager.

Lieferung aller

Musik-Instrumenten, Schulen

und Musikalien

in kürzester Frist zu billigen Preisen.

Jacob Gill, Zitherlehrer,

Oestrich, Stedernweg 24.

Schuhreparaturen

übernimmt unter Zusicherung
gezügelter Ausführung zu den
billigsten Tagespreisen

Georg Engelmann,
Schuhmacher in Erbach a. Rh.

Besseres Mädchen

oder einfache Stütze, die
lochen kann, Hausarbeit über-
nimmt, Liebe zu Kindern hat,
in gute Stellung für Nieder-
Wallauf sofort oder später
gesucht. Zweitmädchen vor-
handen.

Anges. unter B. 300 an den
Verlag dieses Blattes.

Dienstmädchen

zur Stütze der Hausfrau ge-
sucht, möglichst nicht über 20;
Gelegenheit zur gründlichen
Erlernung des Haushalts ge-
boten. Waife bevorzugt.

Frau Seep,
Drögen in Frei-Weinheim.

Lehrling

für Kunst- und Handelsgärt-
nerer gesucht. Eintritt sofort,
evtl. Ökern.

B. Burg Nachfolger,
Elville.

Tüchtiger

Fuhrmann

gesucht.

Schloss Reinkartshausen.

Erbach i. Rheingau.

Junger Kaufmann

welcher 1 Jt. in der Ver-
waltung beschäftigt ist, sucht
bei bescheidenen Ansprüchen
Stellung. Angebote unter B.
100 an die Expedition.

2 unterhaltene

Füllöfen

zu verkaufen.

H. Walluf, Hauptstraße 51.

Ein tüchtiger

Hofmann

für 3 Morgen Weinberg gesucht.
Dauernde Beschäftigung.
Näheres im Verlag d. Btg.

Steckzwiebeln

gegen Umtausch von Lebens-
mitteln abzugeben.

Oestrich, Stedernweg 24.

Fahrrad

mit Gummibereifung und ein-
trichterloses Grammophon
mit 50 Platten zu verkaufen.
Näh. in der Exped. d. Bl.

Preislisten, Fakturen

liefert Adam Etienne, Oestrich